

## Textgegenüberstellung

Geltende Fassung

Vorgeschlagene Fassung

## Artikel 1

## Änderung des Schulorganisationsgesetzes

## IIa. HAUPTSTÜCK

## IIa. HAUPTSTÜCK

**Bildungsanstalt für Leistungssport**

§ 128d. (1) Eine Schule gemäß § 3 Abs. 4 Z 6 und 7 kann ganz oder teilweise als Bildungsanstalt für Leistungssport geführt werden, wenn

1. ein „Statut der Bildungsanstalt für Leistungssport“,

2. ein Kooperationsvertrag mit zumindest einer Organisation des Nachwuchsleistungssportes oder einer Einrichtung nach dem Bundestheaterorganisationsgesetz, BGBl. I Nr. 108/1998, die Förderungen des Bundes erhält, und dadurch mittelfristig die Finanzierung der von der Schule getrennten sportlichen Ausbildung sichert, und

3. eine gesamthafte Darstellung der mittelfristigen Planungen für die folgenden sechs Schuljahre

vorliegen.

(2) Das Statut hat jedenfalls zu enthalten:

1. eine Darstellung über die Anwendung der Berechtigungen gemäß Abs. 4, einschließlich der Lehrpläne sowie der dazugehörigen Stundentafeln,

2. Regelungen im Wege von Vereinbarungen gemäß § 65a des Schulunterrichtsgesetzes über den Übertritt in eine andere Schule gleicher Schulart für den Fall des Ausscheidens aus dem Leistungssport, falls ein Wechsel in eine andere Klasse der Schule nicht möglich ist, und

3. wenn die Schule nicht durch einen Kooperationsvertrag in ein Nachwuchskompetenzzentrum eingebunden ist, dann sind

a) Regelungen über die Zusammensetzung, Funktionsdauer und Wahl, Abwahl und Verteilung der Zuständigkeiten eines Kuratoriums der Bildungsanstalt, dem mindestens 40 vH Frauen anzugehören haben, wobei als Mitglieder zumindest drei Vertreter der Schule, je ein

**Geltende Fassung****Vorgeschlagene Fassung**

Vertreter jedes Kooperationspartners und der zuständigen Schulbehörde vorzusehen sind, und

b) Regelungen über die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Kuratoriums, wobei vor Entscheidung über die mittelfristige Planung sowie Lehrpläne dieses jedenfalls zu hören ist, vorzusehen.

(3) Die Errichtung der Bildungsanstalt sowie das Statut und dessen Änderung bedürfen der Genehmigung der Bundesministerin oder des Bundesministers. Die Vorlage der beabsichtigten Errichtung durch den Schulleiter, im Falle einer Privatschule, den Schulerhalter, hat zumindest folgende Angaben zu enthalten:

1. Statut der Bildungsanstalt für Leistungssport,

2. Kooperationsvertrag, dessen Vertragsdauer frühestens mit dem Tag der Genehmigung durch die Bundesministerin oder den Bundesminister beginnen darf sowie

3. eine mittelfristige Planung für die kommenden sechs Schuljahre.

(4) Die Bildungsanstalt ist berechtigt, ab der 9. Schulstufe schulautonome, von schulunterrichts-, schulorganisations- und schulzeitrechtlichen Normen abweichende, Regelungen in folgenden Bereichen und Ausmaßen zu treffen:

1. bei Aufnahme- und Eignungsprüfungsvoraussetzungen und -verfahren unter Einbindung von Kooperationspartnern,

2. der Unterrichtsorganisation, wobei jedenfalls Klassen (Jahrgänge) vorzusehen sind und der Beginn des Schuljahres um höchstens drei Wochen vorverlegt werden kann,

3. der Führung des Unterrichtsgegenstandes „Bewegung und Sport“, wobei dieser durch einen Unterrichtsgegenstand, der sich mit den theoretischen Grundlagen des Sportes oder einer vergleichbaren körperlichen Höchstleistung auseinandersetzt, oder ein durch den Kooperationspartner durchgeführtes, durch die Schule anerkanntes „Basistraining“, ersetzt werden kann,

4. Aufnahme, Übertritt und Beendigung des Schulbesuches im Zusammenhang mit der Ausübung von Leistungssport,

5. Einrichtung von Fachkoordinatoren,

6. Erhöhung der Anzahl der Schulstufen um eine und Aufteilung der lehrplanmäßigen Gesamtstundenanzahl auf diese Schulstufen,

**Geltende Fassung****Vorgeschlagene Fassung**

7. Regelungen über Struktur und Dauer des Schultages, einschließlich der Unterrichtseinheiten und Pausen, wobei die Dauer der Unterrichtseinheiten im Durchschnitt eines Unterrichtsjahres 50 (fünfzig) Minuten betragen muss,

8. Dauer und Struktur des Unterrichtsjahres (ausgenommen § 2 Abs. 4 Z 2 und 7 des Schulzeitgesetzes), wobei die Zahl der Unterrichtseinheiten der einzelnen Gegenstände am Ende des Unterrichtsjahres die Zahl der lehrplanmäßig vorgesehenen Wochenstunden multipliziert mit 36 (sechsdreißig) ergeben muss.

(5) Die Bildungsanstalt hat folgende Pflichten:

1. Kundmachungspflicht: Das Statut ist in der Schule in der in § 6 Abs. 3 festgelegten Art und Weise und auf der Webseite der Schule kund zu machen,

2. Berichtspflicht: Die Bildungsanstalt hat der Bildungsdirektion jährlich einen Bericht gemäß § 5 Abs. 2 Z 4 des Bildungsdirektions-Einrichtungsgesetzes, BGBl. I Nr. 138/2017, und eine mittelfristige Planung für die kommenden sechs Schuljahre vorzulegen,

3. Informationspflicht: Die Schulleitung, im Falle einer Privatschule, der Schulerhalter, hat die zuständige Schulbehörde über jede Änderung in Bezug auf Statut, Kuratorium oder Schülerzahlen unverzüglich zu informieren. Jede Änderung des Statutes gemäß Abs. 2 ist von der zuständigen Schulbehörde der Bundesministerin oder dem Bundesminister nach vorheriger Prüfung vorzulegen.

(6) Die Genehmigung der Errichtung der Bildungsanstalt ist durch die Bundesministerin oder den Bundesminister aufzuheben, wenn Voraussetzungen für die Errichtung nicht mehr gegeben sind oder die Bildungsanstalt ihre Pflichten trotz Aufforderung verletzt.

**III. HAUPTSTÜCK****Übergangs- und Schlußbestimmungen****Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

§ 131. (1) bis (40) ...

**III. HAUPTSTÜCK****Übergangs- und Schlußbestimmungen****Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

§ 131. (1) bis (40) ...

(41) § 128d samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I

**Geltende Fassung****Vorgeschlagene Fassung**

Nr. xxx/2020 tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung im Bundesgesetzblatt in Kraft.

**Artikel 2****Änderung des Schulunterrichtsgesetzes**
**2. ABSCHNITT  
AUFNAHME IN DIE SCHULE**
**Aufnahme als außerordentlicher Schüler****§ 4.** (1) und (2) ...

(2a) Zur Feststellung der Kenntnisse der Unterrichtssprache gemäß Abs. 2 lit. a sind standardisierte Testverfahren zur Verfügung zu stellen, die vom Schulleiter oder auf Anordnung der zuständigen Schulbehörde von dieser durchzuführen sind. Die Testverfahren sind so zu gestalten, dass sie Rückschlüsse für die Aufnahme

1. als ordentlicher Schüler oder
2. als außerordentlicher Schüler in Verbindung mit Sprachförderung in Deutschförderkursen gemäß § 8h Abs. 3 des Schulorganisationsgesetzes oder
3. als außerordentlicher Schüler in Verbindung mit Sprachförderung in Deutschförderklassen gemäß § 8h Abs. 2 des Schulorganisationsgesetzes.

geben.

(3) bis (7) ...

**2. ABSCHNITT  
AUFNAHME IN DIE SCHULE**
**Aufnahme als außerordentlicher Schüler****§ 4.** (1) und (2) ...

(2a) Zur Feststellung der Kenntnisse der Unterrichtssprache gemäß Abs. 2 lit. a sind standardisierte **mehrphasige** Testverfahren zur Verfügung zu stellen, die vom Schulleiter oder auf Anordnung der zuständigen Schulbehörde von dieser durchzuführen sind. Die Testverfahren sind so zu gestalten, dass sie Rückschlüsse für die Aufnahme

1. als ordentlicher Schüler oder
2. als außerordentlicher Schüler in Verbindung mit Sprachförderung in Deutschförderkursen gemäß § 8h Abs. 3 des Schulorganisationsgesetzes oder
3. als außerordentlicher Schüler in Verbindung mit Sprachförderung in Deutschförderklassen gemäß § 8h Abs. 2 des Schulorganisationsgesetzes.

geben. **Bei Schülerinnen und Schülern, deren Erstsprache die Unterrichtssprache ist und bei welchen die erste Phase des Testverfahrens keinen eindeutigen Rückschluss auf Z1 ergeben hat, kann vor der Durchführung der zweiten Testphase von der Schulleitung der Einsatz einer anderen, passgenaueren Fördermaßnahme anstelle einer Teilnahme an einer Deutschförderklasse oder einem Deutschförderkurs festgelegt werden. In diesem Fall kann die zweite Testphase entfallen. Bei Schülerinnen und Schülern der Z2 und 3 können zusätzliche passgenaue Fördermaßnahmen eingesetzt werden.**

(3) bis (7) ...

**Geltende Fassung****5. ABSCHNITT  
UNTERRICHTSARBEIT UND SCHÜLERBEURTEILUNG****Leistungsbeurteilung**

§ 18. (1) bis (11) ...

(12) Auf Antrag eines Schülers, dessen **Muttersprache** nicht die Unterrichtssprache der betreffenden Schule ist, hat der Schulleiter zu bestimmen, daß hinsichtlich der Beurteilung die Unterrichtssprache an die Stelle der lebenden Fremdsprache tritt, wenn eine lebende Fremdsprache als Pflichtgegenstand in der betreffenden Schulstufe lehrplanmäßig vorgesehen ist; der Schüler hat in seiner **Muttersprache** Leistungen nachzuweisen, die jenen eines Schülers deutscher **Muttersprache** im Pflichtgegenstand Deutsch entsprechen, allenfalls auch im Wege von Externistenprüfungen (§ 42), sofern die Durchführung von Prüfungen in der betreffenden Sprache möglich ist. Dasselbe gilt sinngemäß für die Pflichtgegenstände Kaufmännischer Schriftverkehr, Phonotypie, Textverarbeitung, Kurzschrift und Maschinschreiben. Das Jahreszeugnis ist mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen. Dieser Absatz gilt nicht für Bildungsanstalten für Elementarpädagogik und für Bildungsanstalten für Sozialpädagogik.

(13) ...

(14) Die von Schülerinnen und Schülern von Deutschförderklassen gemäß § 8h Abs. 2 des Schulorganisationsgesetzes erbrachten Leistungen unterliegen keiner Beurteilung im Sinne der vorstehenden Absätze. Zur Feststellung des Sprachstandes von Schülern von Deutschförderklassen sind standardisierte Testverfahren zur Verfügung zu stellen, die vom Schulleiter oder auf Anordnung der zuständigen Schulbehörde von dieser am Ende des betreffenden Semesters durchzuführen sind. Die Testverfahren sind so zu gestalten, dass sie Rückschlüsse für den weiteren Schulbesuch

1. als ordentlicher Schüler ohne besondere Sprachförderung oder
2. als außerordentlicher Schüler mit Sprachförderung in Deutschförderkursen gemäß § 8h Abs. 3 des Schulorganisationsgesetzes oder
3. als außerordentlicher Schüler mit Fortsetzung der Sprachförderung in

**Vorgeschlagene Fassung****5. ABSCHNITT  
UNTERRICHTSARBEIT UND SCHÜLERBEURTEILUNG****Leistungsbeurteilung**

§ 18. (1) bis (11) ...

(12) Auf Antrag eines Schülers, dessen **Erstsprache** nicht die Unterrichtssprache der betreffenden Schule ist, hat der Schulleiter zu bestimmen, daß hinsichtlich der Beurteilung die Unterrichtssprache an die Stelle der lebenden Fremdsprache tritt, wenn eine lebende Fremdsprache als Pflichtgegenstand in der betreffenden Schulstufe lehrplanmäßig vorgesehen ist; der Schüler hat in seiner **Erstsprache** Leistungen nachzuweisen, die jenen eines Schülers deutscher **Erstsprache** im Pflichtgegenstand Deutsch entsprechen, allenfalls auch im Wege von Externistenprüfungen (§ 42), sofern die Durchführung von Prüfungen in der betreffenden Sprache möglich ist. Dasselbe gilt sinngemäß für die Pflichtgegenstände Kaufmännischer Schriftverkehr, Phonotypie, Textverarbeitung, Kurzschrift und Maschinschreiben. Das Jahreszeugnis ist mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen. Dieser Absatz gilt nicht für Bildungsanstalten für Elementarpädagogik und für Bildungsanstalten für Sozialpädagogik.

(13) ...

(14) Die von Schülerinnen und Schülern von Deutschförderklassen gemäß § 8h Abs. 2 des Schulorganisationsgesetzes erbrachten Leistungen unterliegen keiner Beurteilung im Sinne der vorstehenden Absätze. Zur Feststellung des Sprachstandes von Schülern von Deutschförderklassen sind standardisierte Testverfahren zur Verfügung zu stellen, die vom Schulleiter oder auf Anordnung der zuständigen Schulbehörde von dieser **jedenfalls** am Ende des betreffenden Semesters durchzuführen sind. Die Testverfahren sind so zu gestalten, dass sie Rückschlüsse für den weiteren Schulbesuch

1. als ordentlicher Schüler ohne besondere Sprachförderung oder
2. als außerordentlicher Schüler mit Sprachförderung in Deutschförderkursen gemäß § 8h Abs. 3 des Schulorganisationsgesetzes oder
3. als außerordentlicher Schüler mit Fortsetzung der Sprachförderung in

**Geltende Fassung**

Deutschförderklassen gemäß § 8h Abs. 2 des Schulorganisationsgesetzes geben.

(15) ...

**8. Abschnitt****Abschließende Prüfungen, Externistenprüfungen****Prüfungsgebiete, Aufgabenstellungen, Prüfungsvorgang**

§ 37. (1) bis (3a) ...

(4) und (5) ...

**17. ABSCHNITT**  
**SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

**Inkrafttreten**

§ 82. (1) bis (14) ...

§ 82e. (1) bis (3) ...

(4) Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat den Vollzug der die neue Oberstufe betreffenden Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bis spätestens Ende 2019 zu evaluieren und gegebenenfalls Verbesserungen der Rechtslage so zeitgerecht vorzuschlagen, dass sie mit

**Vorgeschlagene Fassung**

Deutschförderklassen gemäß § 8h Abs. 2 des Schulorganisationsgesetzes geben.

(15) ...

**8. Abschnitt****Abschließende Prüfungen, Externistenprüfungen****Prüfungsgebiete, Aufgabenstellungen, Prüfungsvorgang**

§ 37. (1) bis (3a) ...

*(3b) Prüfungsaufgaben gemäß Abs. 2 Z 3 sind im Anschluss an die Prüfung zum Zweck der Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf künftige abschließende Prüfungen und zur Information der Öffentlichkeit auf der Internetseite des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.*

(4) und (5) ...

**17. ABSCHNITT**  
**SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

**Inkrafttreten**

§ 82. (1) bis (14) ...

*(15) Die nachstehend genannten Bestimmungen in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2020 treten wie folgt in Kraft:*

*1. § 82e Abs. 4 tritt mit 1. September 2020 in Kraft,*

*2. § 4a Abs. 2a, § 18 Abs. 12 und Abs. 14, § 37 Abs. 3b treten mit Ablauf des Tages der Kundmachung im Bundesgesetzblatt in Kraft.*

§ 82e. (1) bis (3) ...

(4) Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat den Vollzug der die neue Oberstufe betreffenden Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bis spätestens Ende 2019 zu evaluieren und gegebenenfalls Verbesserungen der Rechtslage so zeitgerecht vorzuschlagen, dass sie mit

**Geltende Fassung**

**1. September 2021** für alle zumindest dreijährigen mittleren und höheren Schulen in Kraft gesetzt werden können.

(5) ...

**Vorgeschlagene Fassung**

**1. September 2023** für alle zumindest dreijährigen mittleren und höheren Schulen in Kraft gesetzt werden können. *An Schulen, hinsichtlich derer eine Verordnung gemäß Abs. 2 erlassen wurde, treten die Bestimmungen gemäß § 82 Abs. 5s hinsichtlich der 10. Schulstufe mit 1. September 2023 und hinsichtlich der weiteren Schulstufen jeweils mit 1. September der Folgejahre schulstufenweise aufsteigend in bzw. außer Kraft. An Schulen, hinsichtlich derer eine Verordnung gemäß Abs. 3 erlassen wurde, gelten die die neue Oberstufe betreffenden Bestimmungen dieses Bundesgesetzes abweichend von dem in Abs. 3 erster Satz bezeichneten Zeitpunkt in den Schuljahren 2021/22 und 2022/23 in der vor den in § 82 Abs. 5s genannten Zeitpunkten geltenden Fassung, wobei Abs. 3 erster Satz sinngemäß gilt.*

(5) ...

**Artikel 3****Änderung des Bundesgesetzes über die Österreichische Bibliothekenverbund und Service Gesellschaft mit beschränkter Haftung**

**§ 1.** (1) und (2) ...

(3) Der Sitz der Gesellschaft ist Wien. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Ausübung der Gesellschafterrechte für den Bund obliegt der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und **Kultur**.

**§ 2.** (1) und (2) ...

(3) Die Wertansätze für das übergegangene Vermögen sind anlässlich der Eröffnungsbilanz festzulegen, die binnen neun Monaten ab In-Kraft-Treten dieses Bundesgesetzes zu erstellen ist. Für die Bestimmung der Wertansätze in der Eröffnungsbilanz besteht keine Bindung an die Anschaffungs- und Herstellungskosten. Die Wertansätze der technischen Einrichtungen und Anlagen sind entsprechend ihrer Nutzungsmöglichkeit unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Standes der Technik festzulegen. Soweit der Wert des übergegangenen Vermögens (Sacheinlage) die Höhe des Stammkapitals gemäß § 1 Abs. 2 übersteigt, ist der Differenzbetrag in eine nicht gebundene Kapitalrücklage (§ 224 Abs. 3 A II 2 des HGB) einzustellen. Zugleich mit der Eröffnungsbilanz ist eine Anlage, die die Aktiven und Passiven der Gesellschaft enthält, die nachvollziehbar und betriebsnotwendig diesem Bereich zuzuordnen

**§ 1.** (1) und (2) ...

(3) Der Sitz der Gesellschaft ist Wien. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Ausübung der Gesellschafterrechte für den Bund obliegt der Bundesministerin **oder dem Bundesminister** für Bildung, Wissenschaft und **Forschung**.

**§ 2.** (1) und (2) ...

(3) Die Wertansätze für das übergegangene Vermögen sind anlässlich der Eröffnungsbilanz festzulegen, die binnen neun Monaten ab In-Kraft-Treten dieses Bundesgesetzes zu erstellen ist. Für die Bestimmung der Wertansätze in der Eröffnungsbilanz besteht keine Bindung an die Anschaffungs- und Herstellungskosten. Die Wertansätze der technischen Einrichtungen und Anlagen sind entsprechend ihrer Nutzungsmöglichkeit unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Standes der Technik festzulegen. Soweit der Wert des übergegangenen Vermögens (Sacheinlage) die Höhe des Stammkapitals gemäß § 1 Abs. 2 übersteigt, ist der Differenzbetrag in eine nicht gebundene Kapitalrücklage (§ 224 Abs. 3 A II 2 des HGB) einzustellen. Zugleich mit der Eröffnungsbilanz ist eine Anlage, die die Aktiven und Passiven der Gesellschaft enthält, die nachvollziehbar und betriebsnotwendig diesem Bereich zuzuordnen

**Geltende Fassung**

sind, und aus der die übergelassenen Gläubiger- und Schuldnerpositionen erkennbar sind, zu erstellen.

Die Anlage hat ...

(4) Anwartschaften auf Abfertigungen und Jubiläumszuwendungen von Bediensteten, die gemäß § 8 Abs. 1 Z 1 und 4 Arbeitnehmer der Gesellschaft werden, werden von der Gesellschaft übernommen.

**Vorgeschlagene Fassung**

sind, und aus der die übergelassenen **Gläubigerinnen- und Gläubiger- und Schuldnerinnen-** und **Schuldnerpositionen** erkennbar sind, zu erstellen.

Die Anlage hat ...

(4) Anwartschaften auf Abfertigungen und Jubiläumszuwendungen von Bediensteten, die gemäß § 8 Abs. 1 Z 1 und 4 **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** der Gesellschaft werden, werden von der Gesellschaft übernommen.

**§ 2a. (1) Das im Eigentum des Bundes stehende und bisher vom „Verbund für Bildung und Kultur (VBK)“ verwaltete und genutzte Anlage- und Umlaufvermögen, wie Einrichtungen, Rechte, Rechtsverhältnisse und Forderungen, jedoch ohne die vom „Verbund für Bildung und Kultur (VBK)“ erstellte bzw. betreute Datenbank, geht mit 1. Jänner 2021 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in das Eigentum der Gesellschaft über. Die Gesamtrechtsnachfolge ist im Firmenbuch einzutragen.**

**(2) Die Mietrechte an der vom Bund für den „Verbund für Bildung und Kultur (VBK)“ angemieteten Liegenschaft gehen mit Wirksamwerden dieses Bundesgesetzes unter Ausschluss der Rechtsfolgen der §§ 12a und 46a des Mietrechtsgesetzes im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Gesellschaft über.**

**(3) Der Bund räumt der Gesellschaft das unentgeltliche Fruchtgenussrecht für die bisher vom „Verbund für Bildung und Kultur (VBK)“ betreute Datenbank ein.**

**Befugnisse und Aufgaben im Unternehmensgegenstand**

**§ 3.** (1) Die Gesellschaft ist befugt, unter Bedachtnahme auf die Bedürfnisse des österreichischen Bibliothekswesens und der Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen **Akademien** sowohl den Betrieb als auch die Ausweitung des österreichischen **EDV**-unterstützten Bibliothekenverbundes als auch anderweitige Dienstleistungen, die im Interesse des österreichischen Bibliothekswesens, der genannten Einrichtungen oder sonstiger Auftraggeber liegen, durchzuführen.

(2) Im Rahmen der oben angeführten Fachgebiete obliegt der Gesellschaft insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:

**Befugnisse und Aufgaben im Unternehmensgegenstand**

**§ 3.** (1) Die Gesellschaft ist befugt, unter Bedachtnahme auf die Bedürfnisse des österreichischen Bibliothekswesens und der Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen **Hochschulen** sowohl den Betrieb als auch die Ausweitung des österreichischen **IT**-unterstützten Bibliothekenverbundes als auch anderweitige Dienstleistungen, die im Interesse des österreichischen Bibliothekswesens, der genannten Einrichtungen oder sonstiger **Auftraggeberinnen und Auftraggeber** liegen, durchzuführen.

(2) Im Rahmen der oben angeführten Fachgebiete obliegt der Gesellschaft insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:



**Geltende Fassung**

- a) bis g) ...
- h) Entwicklung und Anbot anderer im Interesse der Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen **Akademien** gelegenen Serviceleistungen;
- i) Dokumentation, Informationsvermittlung und Beratung.

**Finanzierung**

§ 4. (1) Der Bund hat der Gesellschaft zu den Aufwendungen, die durch die Besorgung der im § 3 Abs. 2 lit. a bis **c** genannten Aufgaben entstehen, einen Jahreszuschuss von **1,72 Millionen** Euro (**23,6 Millionen Schilling**) jährlich zu leisten.

(2) Für welche Bibliotheken die in § 3 Abs. 2 lit. a, b und **c** aufgeführten Dienstleistungen mit dem Jahreszuschuss an die Gesellschaft als abgegolten anzusehen sind, regelt die Anlage A zu diesem Gesetz.

(3) Durch **eine Vereinbarung** zwischen dem Bund (**Bundesministerin**) für

**Vorgeschlagene Fassung**

- a) bis g) ...
- h) Entwicklung und Anbot anderer im Interesse der Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen **Hochschulen** gelegenen Serviceleistungen;
- i) Dokumentation, Informationsvermittlung und Beratung;
- j) **Weiterentwicklung zentraler Verbunddienstleistungen;**
- k) **Anbieten zentraler Basisinfrastruktur für Open Access und Digital Preservation im Bereich des wissenschaftlichen und künstlerischen Publikationswesens;**
- l) **Koordination Shared Storing Austria.**
- (3) **Der Gesellschaft obliegt die Leitung und der Betrieb des „Verbundes für Bildung und Kultur (VBK)“. Dazu zählen insbesondere folgende Aufgaben:**
- a) **Besorgung des operativen Geschäfts des „Verbundes für Bildung und Kultur (VBK)“;**
- b) **Erbringung zentraler Bibliotheksdienstleistungen für die Verbundmitglieder einschließlich des Betriebs des gemeinsamen lokalen Bibliothekssystems;**
- c) **Ausgestaltung des Verbundes auf technischer sowie auf Angebotsebene;**
- d) **Vertretung des Verbundes in einschlägigen in- und ausländischen Fachgremien.**

**Finanzierung**

§ 4. (1) Der Bund hat der Gesellschaft zu den Aufwendungen, die durch die Besorgung der im § 3 Abs. 2 lit. a **und b, j bis l und Abs. 3** genannten Aufgaben entstehen, einen Jahreszuschuss von **2,72 Millionen** Euro jährlich zu leisten.

(2) Für welche Bibliotheken die in § 3 Abs. 2 lit. a, b und **j bis l** aufgeführten Dienstleistungen mit dem Jahreszuschuss **gemäß Abs. 1** an die Gesellschaft als abgegolten anzusehen sind, regelt die Anlage A zu diesem Gesetz.

**(2a) Für welche Bibliotheken die in § 3 Abs. 3 aufgeführten Dienstleistungen mit dem Jahreszuschuss gemäß Abs. 1 an die Gesellschaft als abgegolten anzusehen sind, regelt die Anlage A zu diesem Gesetz.**

(3) Durch **einen Vertrag** zwischen dem Bund (**die Bundesministerin oder der**

**Geltende Fassung**

Bildung, Wissenschaft und **Kultur**) und der Gesellschaft werden, nach Anhörung **der in Anlage A genannten Bibliotheken**, die Aufgaben, die durch den Jahreszuschuss **gefördert** werden, konkretisiert. In **dieser Vereinbarung** ist insbesondere Betriebspflicht für die Gesellschaft vorzusehen.

(4) Alle anderen in § 3 Abs. 2 genannten Aufgaben sind gegen Entgelt zu erbringen, das zumindest dem Grundsatz der Deckung der **aufwandsgleichen** Kosten, die mit diesen Aufgaben verbunden sind, entspricht. Die Kosten sind auf Grund einer transparenten internen Kostenrechnung unter Zugrundelegung der Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu ermitteln. **Die interne Kostenrechnung unterliegt der Überprüfung durch die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.**

(5) Zusätzlich zu den Beträgen gemäß Abs. 1 kann der Bund nach Maßgabe der im jährlichen Bundesfinanzgesetz für diese Zwecke vorgesehenen Mittel erhöhte Aufwendungen unter der Voraussetzung fördern, dass dies trotz wirtschaftlicher, sparsamer und zweckmäßiger Gebarung der Gesellschaft und unter Bedachtnahme auf Rationalisierungsmaßnahmen erforderlich ist.

**Vorgeschlagene Fassung**

**Bundesminister** für Bildung, Wissenschaft und **Forschung**) und der Gesellschaft werden, nach Anhörung **des gemäß § 5a eingerichteten Beirats**, die Aufgaben **gemäß § 3 Abs. 2 lit. a und b**, die durch den Jahreszuschuss **abgegolten** werden, konkretisiert. In **diesem Vertrag** ist insbesondere Betriebspflicht für die Gesellschaft vorzusehen. **Dieser Vertrag ist alle drei Jahre einer Revision zu unterziehen. Die erste Revision des Vertrags ist mit Stichtag 1. Jänner 2022 vorzusehen.**

**(3a) Der Beirat gemäß § 5a kann einen Vorschlag zur Konkretisierung jener Aufgaben erarbeiten, die gemäß § 3 Abs. 2 lit. j bis l zu erbringen sind. In diesen Vorschlag sind jedenfalls Überlegungen zu deren finanzieller Bedeckung aufzunehmen. Dieser Vorschlag ist alle drei Jahre zu erneuern. Der erste Vorschlag kann frühestens mit 1. Jänner 2022 vorgelegt werden.**

(4) Alle anderen in § 3 Abs. 2 genannten Aufgaben sind gegen Entgelt zu erbringen, das zumindest dem Grundsatz der Deckung der **tatsächlichen** Kosten, die mit diesen Aufgaben verbunden sind, entspricht. Die Kosten sind auf Grund einer transparenten internen Kostenrechnung unter Zugrundelegung der Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu ermitteln.

(5) Zusätzlich zu den Beträgen gemäß Abs. 1 kann der Bund nach Maßgabe der im jährlichen Bundesfinanzgesetz für diese Zwecke vorgesehenen Mittel erhöhte Aufwendungen unter der Voraussetzung fördern, dass dies trotz wirtschaftlicher, sparsamer und zweckmäßiger Gebarung der Gesellschaft und unter Bedachtnahme auf Rationalisierungsmaßnahmen erforderlich ist.

**(6) Durch einen Vertrag zwischen jenem Bundesministerium, das gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, in der geltenden Fassung, für Angelegenheiten der Pädagogischen Hochschulen zuständig ist, und der Gesellschaft werden jene Aufgaben gemäß § 3 Abs. 3 konkretisiert, die mit einem Jahreszuschuss abgegolten werden. In diesem Vertrag ist insbesondere Betriebspflicht für die Gesellschaft vorzusehen.**

**(7) Ein weiterer Vertrag zwischen jenem Bundesministerium, das gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, in der geltenden Fassung, für Angelegenheiten der Pädagogischen Hochschulen zuständig ist, und der Gesellschaft legt jene Aufträge fest, die im Interesse der Pädagogischen Hochschulen zu erbringen bzw. zu entwickeln und nicht im Jahreszuschuss**

## Geltende Fassung

### Unternehmenskonzept und Berichtswesen

§ 5. (1) Die Gesellschaft ist nach **kaufmännischen** Grundsätzen, insbesondere jenen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, zu führen.

(2) Die jeweils **erste** Geschäftsführung hat innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Bestellung ein Unternehmenskonzept auszuarbeiten und der **Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur** zur Genehmigung vorzulegen. Das Unternehmenskonzept hat insbesondere die jeweils von der Gesellschaft angestrebten Unternehmensziele, ihre Strategien und Organisation sowie die Pläne für den Personal- und Sachmitteleinsatz, für Investitionsvorhaben und die Finanzierung zu enthalten.

(3) Die Geschäftsführung hat für die Einrichtung eines Planungs- und Berichterstattungssystems zu sorgen, das die Erfüllung der Berichterstattungspflichten nach den gesetzlichen Vorschriften und nach den Vorgaben des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Durchführung eines Beteiligungs- und **Finanzcontrolling** durch die für den Vollzug dieses Gesetzes verantwortliche Bundesministerin gewährleistet.

(4) **Im Unternehmenskonzept gemäß Abs. 2 im Planungssystem gemäß Abs. 3, sowie im Rechnungswesen der Gesellschaft sind jedenfalls die gesetzlich übertragenen Aufgaben sowie andere Leistungen, die nicht im Wettbewerb, sondern auf Grund besonderer oder ausschließlicher Rechte erbracht werden und jene Leistungen, die im Wettbewerb erbracht werden, in jeweils getrennten Rechnungskreisen darzustellen. § 28a GmbH-Gesetz gilt sinngemäß als Berichtspflicht an die Generalversammlung.** Die Geschäftsführung hat jährlich bis Ende **März** für das nächste Kalenderjahr ein Jahresarbeitsprogramm und eine **Vorrausschaurechnung** der Generalversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

(5) ...

## Vorgeschlagene Fassung

**enthalten sind. In diesem Vertrag sind die damit verbundenen zusätzlichen Kosten aufzunehmen und von dem Auftraggeber abzugelten. Dieser Vertrag ist alle drei Jahre zu erneuern.**

### Unternehmenskonzept und Berichtswesen

§ 5. (1) Die Gesellschaft ist nach **unternehmerischen** Grundsätzen, insbesondere jenen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, zu führen. **Die Aspekte der Personalentwicklung und eines geeigneten Controllings sind zu berücksichtigen.**

(2) Die jeweils **erstmalig bestellte** Geschäftsführung hat innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Bestellung ein Unternehmenskonzept auszuarbeiten und der **Generalversammlung und dem Aufsichtsrat** zur Genehmigung vorzulegen. Das Unternehmenskonzept hat insbesondere die jeweils von der Gesellschaft angestrebten Unternehmensziele, ihre Strategien und Organisation sowie die Pläne für den Personal- und Sachmitteleinsatz, für Investitionsvorhaben und die Finanzierung zu enthalten.

(3) Die Geschäftsführung hat für die Einrichtung eines Planungs- und Berichterstattungssystems zu sorgen, das die Erfüllung der Berichterstattungspflichten nach den gesetzlichen Vorschriften und nach den Vorgaben **der Bundesministerin oder** des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Durchführung eines Beteiligungs- und **Finanzcontrollings** durch die für den Vollzug dieses Gesetzes verantwortliche Bundesministerin **oder den für den Vollzug dieses Gesetzes verantwortlichen Bundesminister** gewährleistet.

(4) Die Geschäftsführung hat jährlich bis Ende **Mai** für das nächste Kalenderjahr ein Jahresarbeitsprogramm und eine **integrierte Planungsrechnung, bestehend aus Planerfolgsrechnung, Planbilanz und Finanzplan,** der Generalversammlung **und dem Aufsichtsrat** zur Genehmigung vorzulegen.

(5) ...

**(6) Der Beirat gemäß § 5a erarbeitet einen Vorschlag für ein internes Feedbacksystem, das die Qualität der Dienstleistungen der Gesellschaft**

**Geltende Fassung****Vorgeschlagene Fassung**

sicherstellt. Der Vorschlag hat auf die finanziellen Möglichkeiten der Gesellschaft Bedacht zu nehmen. Dieser Vorschlag ist dem Aufsichtsrat und der Generalversammlung zur Kenntnisnahme vorzulegen.

**Beirat**

**§ 5a.** Zur fachlichen Beratung der Gesellschaft bei der Wahrnehmung ihrer in § 3 Abs. 2 dargestellten und durch den Jahreszuschuss abgegoltenen Aufgaben ist ein Beirat aus mindestens fünf, höchstens sieben Vertreterinnen und Vertretern der teilnehmenden Bibliotheken auf Vorschlag der Verbundteilnehmerinnen und Verbundteilnehmer gemäß Anlage A dieses Gesetzes einzurichten. Die Vertreterinnen und Vertreter müssen über die für das Bibliothekswesen erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Der Vorschlag hat die Heterogenität der Verbundteilnehmerinnen und Verbundteilnehmer zu berücksichtigen. Dem Beirat haben mindestens 50 vH Frauen anzugehören. Bei einer ungeraden Anzahl von Mitgliedern erfolgt die Berechnung, indem die Anzahl der Mitglieder rechnerisch um ein Mitglied zu reduzieren ist und der erforderliche Frauenanteil von dieser Anzahl zu bestimmen ist. Der Beirat hat aus der Mitte der Mitglieder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden zu bestimmen. Der Beirat wird von der Generalversammlung der Gesellschaft jeweils für drei Jahre bestellt. Der Beirat hat jedenfalls zwei Mal jährlich zu tagen. Der Beirat ist mit 1. Juli 2021 einzurichten.

**Geltende Fassung****Jahresabschluss**

§ 6. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft ist jeweils unter Anwendung der §§ 268 bis 276 des **Handelsgesetzbuches** jährlich durch einen Abschlussprüfer zu prüfen.

**Vertretung der Gesellschaft**

§ 7. (1) Die Gesellschaft hat bis zu zwei Geschäftsführer, deren Funktionsdauer mit maximal fünf Jahren festgelegt ist. Die Wiederbestellung ist möglich. Die Bestellung von Prokuristen ist zulässig. Die Gesellschaft wird, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Im Rahmen ihrer Befugnisse vertreten Prokuristen gemeinsam mit einem weiteren Prokuristen oder einem Geschäftsführer. **Bis zur Bestellung der ersten Geschäftsführer hat die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur den am 31. Dezember 2001 im Amt befindlichen Leiter der „Arbeitsgruppe Bibliotheksautomation“ mit der interimistischen Führung der Geschäfte der Gesellschaft zu betrauen.**

(2) Die Gründererklärung ist von der Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und **Kultur** zu errichten. Die Gesellschaft ist von den ersten Geschäftsführern rückwirkend auf den Stichtag des In-Kraft-Tretens dieses Gesetzes zur Eintragung im Firmenbuch anzumelden.

**Überleitung von Bediensteten**

§ 8. (1) Für die Bediensteten, die am 31. Dezember 2001 im Bereich der „Arbeitsgruppe Bibliotheksautomation“ beschäftigt sind, gilt mit 1. Jänner 2002 folgende Regelung:

1. Beamte, die ausschließlich Aufgaben besorgen, die in den Aufgabenbereich der Gesellschaft fallen, gehören dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und **Kultur** an und sind der Gesellschaft zur dauernden Dienstleistung zugewiesen.
2. Beamte gemäß Abs. 1 Z 1 haben, wenn sie innerhalb von fünf Jahren nach In-Kraft-Treten dieses Bundesgesetzes ihren Austritt aus dem Bundesdienst erklären, Anspruch auf Aufnahme in ein Arbeitsverhältnis zur Gesellschaft zu den zum Zeitpunkt des Austritts aus dem Bundesdienst für neu eintretende Arbeitnehmer geltenden

**Vorgeschlagene Fassung****Jahresabschluss**

§ 6. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft ist jeweils unter Anwendung der §§ 268 bis 276 des **Unternehmensgesetzbuches, dRGBL S 219/1897** jährlich durch einen Abschlussprüfer zu prüfen **und auf der Homepage der Gesellschaft zu veröffentlichen.**

**Vertretung der Gesellschaft**

§ 7. (1) Die Gesellschaft hat bis zu zwei **Geschäftsführerinnen und** Geschäftsführer, deren Funktionsdauer mit maximal fünf Jahren festgelegt ist. Die Wiederbestellung ist **nach Ausschreibung** möglich. Die Bestellung von **Prokuristinnen und** Prokuristen ist zulässig. Die Gesellschaft wird, wenn mehrere **Geschäftsführerinnen und** Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei **Geschäftsführerinnen und** Geschäftsführer gemeinsam oder durch **eine Geschäftsführerin oder** einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit **einer Prokuristin oder** einem Prokuristen vertreten. Im Rahmen ihrer Befugnisse vertreten **Prokuristinnen und** Prokuristen gemeinsam mit **einer weiteren Prokuristin oder** einem weiteren Prokuristen oder **einer Geschäftsführerin oder** einem Geschäftsführer.

(2) Die Gründererklärung ist von der Bundesministerin **oder dem Bundesminister** für Bildung, Wissenschaft und **Forschung** zu errichten. Die Gesellschaft ist von den ersten Geschäftsführern rückwirkend auf den Stichtag des In-Kraft-Tretens dieses Gesetzes zur Eintragung im Firmenbuch anzumelden.

**Überleitung von Bediensteten**

§ 8. (1) Für die Bediensteten, die am 31. Dezember 2001 im Bereich der „Arbeitsgruppe Bibliotheksautomation“ beschäftigt sind, gilt mit 1. Jänner 2002 folgende Regelung:

1. **Beamtinnen und** Beamte, die ausschließlich Aufgaben besorgen, die in den Aufgabenbereich der Gesellschaft fallen, gehören dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und **Forschung** an und sind der Gesellschaft zur dauernden Dienstleistung zugewiesen.
2. **Beamtinnen und** Beamte gemäß Abs. 1 Z 1 haben, wenn sie innerhalb von fünf Jahren nach In-Kraft-Treten dieses Bundesgesetzes ihren Austritt aus dem Bundesdienst erklären, Anspruch auf Aufnahme in ein Arbeitsverhältnis zur Gesellschaft zu den zum Zeitpunkt des Austritts aus dem Bundesdienst für neu eintretende **Arbeitnehmerinnen und**

**Geltende Fassung**

Bestimmungen. Die beim Bund verbrachte Dienstzeit ist dabei auf alle zeitabhängigen Ansprüche anzurechnen.

3. Für die im Abs. 1 Z 1 genannten Beamten hat die Gesellschaft dem Bund den gesamten Aktivitätsaufwand samt Nebenkosten zu ersetzen sowie einen Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwandes zu leisten (Deckungsbeitrag). Dieser Beitrag beträgt 31,8 vH des Aufwandes an Aktivbezügen. Die von den Beamten einbehaltenen Pensionsbeiträge sind anzurechnen. Im Falle einer künftigen Änderung der Höhe des Pensionsbeitrages der Bundesbeamten gemäß § 22 des Gehaltsgesetzes, BGBl. Nr. 54/1956, ändert sich der Prozentsatz des Deckungsbeitrages im gleichen Ausmaß. Ab dem In-Kraft-Treten dieses Bundesgesetzes an die Gesellschaft geleistete besondere Pensionsbeiträge und Überweisungsbeträge sind in voller Höhe an den Bund zu überweisen. Die sonstigen Zahlungen an den Bund sind jeweils am Zehnten des betreffenden Monats fällig.
4. Vertragsbedienstete, die ausschließlich Aufgaben besorgen, die in den Aufgabenbereich der Gesellschaft fallen, werden mit In-Kraft-Treten dieses Bundesgesetzes Arbeitnehmer der Gesellschaft.

(2) Für die in Abs. 1 Z 4 genannten Arbeitnehmer gilt Folgendes:

1. und 2. ...

3. Wechseln die Arbeitnehmer gemäß Abs. 1 Z 4 von diesem Dienstverhältnis zur Gesellschaft unmittelbar in ein Dienstverhältnis zum Bund, so sind sie so zu behandeln, als ob dieses Dienstverhältnis zur Gesellschaft ein solches zum Bund gewesen wäre.
4. Allfällig bestehende vertragliche Regelungen oder vertraglich oder anders fixierte Anwartschaften auf die Nutzung von BUWOG Wohnungen von Arbeitnehmern gemäß Abs. 1 Z 4 bleiben von der Übernahme dieser Arbeitnehmer in ein Dienstverhältnis zur Gesellschaft unberührt.

(3) Die Übernahme von Vertragsbediensteten in das Angestelltenverhältnis nach dem jeweils anwendbaren Kollektivvertrag kann nur einvernehmlich zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber erfolgen. Im Falle der Aufnahme eines

**Vorgeschlagene Fassung**

Arbeitnehmer geltenden Bestimmungen. Die beim Bund verbrachte Dienstzeit ist dabei auf alle zeitabhängigen Ansprüche anzurechnen.

3. Für die im Abs. 1 Z 1 genannten **Beamtinnen und** Beamten hat die Gesellschaft dem Bund den gesamten Aktivitätsaufwand samt Nebenkosten zu ersetzen sowie einen Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwandes zu leisten (Deckungsbeitrag). Dieser Beitrag beträgt 31,8 vH des Aufwandes an Aktivbezügen. Die von den **Beamtinnen und** Beamten einbehaltenen Pensionsbeiträge sind anzurechnen. Im Falle einer künftigen Änderung der Höhe des Pensionsbeitrages der **Bundesbeamtinnen und** Bundesbeamten gemäß § 22 des Gehaltsgesetzes, BGBl. Nr. 54/1956, ändert sich der Prozentsatz des Deckungsbeitrages im gleichen Ausmaß. Ab dem In-Kraft-Treten dieses Bundesgesetzes an die Gesellschaft geleistete besondere Pensionsbeiträge und Überweisungsbeträge sind in voller Höhe an den Bund zu überweisen. Die sonstigen Zahlungen an den Bund sind jeweils am Zehnten des betreffenden Monats fällig.
4. Vertragsbedienstete, die ausschließlich Aufgaben besorgen, die in den Aufgabenbereich der Gesellschaft fallen, werden mit In-Kraft-Treten dieses Bundesgesetzes **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmer der Gesellschaft.

(2) Für die in Abs. 1 Z 4 genannten **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmer gilt Folgendes:

1. und 2. ...

3. Wechseln die **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmer gemäß Abs. 1 Z 4 von diesem Dienstverhältnis zur Gesellschaft unmittelbar in ein Dienstverhältnis zum Bund, so sind sie so zu behandeln, als ob dieses Dienstverhältnis zur Gesellschaft ein solches zum Bund gewesen wäre.
4. Allfällig bestehende vertragliche Regelungen oder vertraglich oder anders fixierte Anwartschaften auf die Nutzung von BUWOG Wohnungen von **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmern gemäß Abs. 1 Z 4 bleiben von der Übernahme dieser **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmer in ein Dienstverhältnis zur Gesellschaft unberührt.

(3) Die Übernahme von Vertragsbediensteten in das Angestelltenverhältnis nach dem jeweils anwendbaren Kollektivvertrag kann nur einvernehmlich zwischen **Arbeitnehmerin oder** Arbeitnehmer und **Arbeitgeberin** erfolgen. Im

**Geltende Fassung**

Vertragsbediensteten in ein Arbeitsverhältnis zur Gesellschaft nach den für Neueintretende geltenden Rechtsgrundlagen gebührt keine Abfertigung gemäß § 35 Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. **Nr. 86.**

(4) Gehen öffentlich-rechtlich Bedienstete des Bundes als Geschäftsführer oder stellvertretender Geschäftsführer ein Dienstverhältnis befristeter Dauer mit der Gesellschaft ein, so sind sie für die Dauer dieses Dienstverhältnisses und gegen Entfall der Bezüge zu beurlauben. Die Dauer dieser Dienstverhältnisse mit der Gesellschaft ist für die Rechte aus dem öffentlich-rechtlichen Bundesdienstverhältnis, die von dessen jeweiliger Dauer abhängig sind, zu berücksichtigen.

**Vorgeschlagene Fassung**

Falle der Aufnahme eines Vertragsbediensteten in ein Arbeitsverhältnis zur Gesellschaft nach den für Neueintretende geltenden Rechtsgrundlagen gebührt keine Abfertigung gemäß § 35 Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. **Nr. 86/1948.**

(4) Gehen öffentlich-rechtlich Bedienstete des Bundes als **Geschäftsführerin oder Geschäftsführer oder als stellvertretende Geschäftsführerin** oder stellvertretender Geschäftsführer ein Dienstverhältnis befristeter Dauer mit der Gesellschaft ein, so sind sie für die Dauer dieses Dienstverhältnisses und gegen Entfall der Bezüge zu beurlauben. Die Dauer dieser Dienstverhältnisse mit der Gesellschaft ist für die Rechte aus dem öffentlich-rechtlichen Bundesdienstverhältnis, die von dessen jeweiliger Dauer abhängig sind, zu berücksichtigen.

**§ 8a. (1) Für die Bediensteten, die mit 31. Dezember 2020 im Bereich des „Verbundes für Bildung und Kultur (VBK)“ beschäftigt sind, gilt mit 1. Jänner 2021 folgende Regelung:**

- 1. Beamtinnen und Beamte, die ausschließlich Aufgaben besorgen, die in den Aufgabenbereich der Gesellschaft fallen, gehören dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung an und sind der Gesellschaft zur dauernden Dienstleistung zugewiesen.**
- 2. Beamtinnen und Beamte gemäß Abs. 1 Z 1 haben, wenn sie innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes ihren Austritt aus dem Bundesdienst erklären, Anspruch auf Aufnahme in ein Arbeitsverhältnis zur Gesellschaft zu den zum Zeitpunkt des Austritts aus dem Bundesdienst für neu eintretende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geltenden Bestimmungen. Die beim Bund verbrachte Dienstzeit ist dabei auf alle zeitabhängigen Ansprüche anzurechnen.**
- 3. Für die im Abs. 1 Z 1 genannten Beamtinnen und Beamten hat die Gesellschaft dem Bund den gesamten Aktivitätsaufwand samt Nebenkosten zu ersetzen sowie einen Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwandes zu leisten (Deckungsbeitrag). Dieser Beitrag beträgt 31,8 vH des Aufwandes an Aktivbezügen. Die von den Beamtinnen und Beamten einbehaltenen Pensionsbeiträge sind anzurechnen. Im Falle einer künftigen Änderung der Höhe des Pensionsbeitrages der Bundesbeamten gemäß § 22 des Gehaltsgesetzes, BGBl. Nr. 54/1956, ändert sich der Prozentsatz des Deckungsbeitrages im gleichen Ausmaß. Ab dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes an die Gesellschaft**



**Geltende Fassung****Vorgeschlagene Fassung**

geleistete besondere Pensionsbeiträge und Überweisungsbeträge sind in voller Höhe an den Bund zu überweisen. Die sonstigen Zahlungen an den Bund sind jeweils am Zehnten des betreffenden Monats fällig.

4. Vertragsbedienstete, die ausschließlich Aufgaben besorgen, die in den Aufgabenbereich des „Verbundes für Bildung und Kultur (VBK)“ fallen, werden mit 1. Jänner 2021 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Gesellschaft.

(2) Für die in Abs. 1 Z 4 genannten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt Folgendes:

1. Das Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86/1948, in der jeweils geltenden Fassung, gilt hinsichtlich der ihm zum Stichtag (Abs. 1 Z 4) unterliegenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als Inhalt des Arbeitsvertrages. Die Gesellschaft setzt die Rechte und Pflichten des Bundes gegenüber den Vertragsbediensteten fort. Der Abschluss sondervertraglicher Regelungen nach § 36 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ist nicht mehr zulässig. Die sozialversicherungsrechtliche Zuordnung der Bediensteten gemäß Abs. 1 Z 4 bleibt von der Überleitung unberührt.

2. Für die Befriedigung der bezugsrechtlichen Ansprüche der in Abs. 1 Z 4 genannten Bediensteten hat der Bund wie ein Ausfallsbürge (§ 1356 ABGB) zu haften. Die Höhe der Haftung ist in jenem Betrag begrenzt, der sich zum Stichtag 31. Dezember 2020 aus der für die genannten Bediensteten maßgeblich gewesenen besoldungsrechtlichen Stellung unter Berücksichtigung ihrer Verwendung zu diesem Zeitpunkt ergibt, zuzüglich der vorgesehenen regelmäßigen Vorrückungen.

3. Wechseln die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemäß Abs. 1 Z 4 von diesem Dienstverhältnis zur Gesellschaft unmittelbar in ein Dienstverhältnis zum Bund, so sind sie so zu behandeln, als ob dieses Dienstverhältnis zur Gesellschaft ein solches zum Bund gewesen wäre.

4. Allfällig bestehende vertragliche Regelungen oder vertraglich oder anders fixierte Anwartschaften auf die Nutzung von BUWOG Wohnungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gemäß Abs. 1 Z 4 bleiben von der Übernahme dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ein Dienstverhältnis zur Gesellschaft unberührt.

(3) Die Übernahme von Vertragsbediensteten in das Angestelltenverhältnis



**Geltende Fassung****Haftung**

§ 9. (1) Für von der Gesellschaft, ihren Organen oder Arbeitnehmern bei Erfüllung ihrer Aufgaben in Vollziehung des Gesetzes durch rechtswidriges Verhalten wem immer schuldhaft zugefügten Schäden haftet der Rechtsträger nach den Bestimmungen des Amtshaftungsgesetzes, BGBl. Nr. 20/1949. Die Gesellschaft ist Organ im Sinne des § 1 Abs. 2 des Amtshaftungsgesetzes, der Rechtsträger hat ihr den Streit zu verkünden. Die Gesellschaft, ihr Organ oder Arbeitnehmer haften dem Geschädigten nicht.

(2) Hat der Rechtsträger dem Geschädigten gemäß Abs. 1 den Schaden ersetzt, kann er nach Maßgabe der Bestimmungen des Amtshaftungsgesetzes, BGBl. Nr. 20/1949, von der Gesellschaft ihrem Organ oder Arbeitnehmer Rückersatz, der auch die Verfahrenskosten umfasst, begehren. Die Gesellschaft hat den Organen oder Arbeitnehmern, die sie für den Rückersatzanspruch haftbar erachtet, den Streit zu verkünden (§ 21 ZPO); diese können dem Rechtsstreit als Nebenintervenienten beitreten (§ 17 ZPO).

(3) Hat die Gesellschaft dem Rechtsträger gemäß Abs. 2 Rückersatz geleistet, ist sie ihrerseits berechtigt, nach Maßgabe der §§ 3, 5 und 6 Abs. 2 des Amtshaftungsgesetzes von ihren Organen oder Arbeitnehmern Rückersatz zu

**Vorgeschlagene Fassung**

nach dem jeweils anwendbaren Kollektivvertrag kann nur einvernehmlich zwischen Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer und Arbeitgeberin erfolgen. Im Falle der Aufnahme eines Vertragsbediensteten in ein Arbeitsverhältnis zur Gesellschaft nach den für Neueintretende geltenden Rechtsgrundlagen gebührt keine Abfertigung gemäß § 35 Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86/1948.

(4) Gehen öffentlich-rechtlich Bedienstete des Bundes als Geschäftsführerin oder Geschäftsführer oder als stellvertretende Geschäftsführerin oder stellvertretender Geschäftsführer ein Dienstverhältnis befristeter Dauer mit der Gesellschaft ein, so sind sie für die Dauer dieses Dienstverhältnisses und gegen Entfall der Bezüge zu beurlauben. Die Dauer dieser Dienstverhältnisse mit der Gesellschaft ist für die Rechte aus dem öffentlich-rechtlichen Bundesdienstverhältnis, die von dessen jeweiliger Dauer abhängig sind, zu berücksichtigen.

**Haftung**

§ 9. (1) Für von der Gesellschaft, ihren Organen oder **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmern bei Erfüllung ihrer Aufgaben in Vollziehung des Gesetzes durch rechtswidriges Verhalten wem immer schuldhaft zugefügten Schäden haftet der Rechtsträger nach den Bestimmungen des Amtshaftungsgesetzes, BGBl. Nr. 20/1949. Die Gesellschaft ist Organ im Sinne des § 1 Abs. 2 des Amtshaftungsgesetzes, der Rechtsträger hat ihr den Streit zu verkünden. Die Gesellschaft, ihr Organ oder **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmer haften dem Geschädigten nicht.

(2) Hat der Rechtsträger **der Geschädigten oder** dem Geschädigten gemäß Abs. 1 den Schaden ersetzt, kann er nach Maßgabe der Bestimmungen des Amtshaftungsgesetzes, BGBl. Nr. 20/1949, von der Gesellschaft ihrem Organ oder **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmer Rückersatz, der auch die Verfahrenskosten umfasst, begehren. Die Gesellschaft hat den Organen oder **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmern, die sie für den Rückersatzanspruch haftbar erachtet, den Streit zu verkünden (§ 21 ZPO); diese können dem Rechtsstreit als **Nebenintervenientinnen und** Nebenintervenienten beitreten (§ 17 ZPO).

(3) Hat die Gesellschaft dem Rechtsträger gemäß Abs. 2 Rückersatz geleistet, ist sie ihrerseits berechtigt, nach Maßgabe der §§ 3, 5 und 6 Abs. 2 des Amtshaftungsgesetzes von ihren Organen oder **Arbeitnehmerinnen und**

**Geltende Fassung**

fordern. Auf dieses Verfahren ist das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 104/1985, anzuwenden.

(4) Für von der Gesellschaft, ihren Organen oder Arbeitnehmern bei Erfüllung ihrer Aufgaben in Vollziehung der Gesetze durch rechtswidriges Verhalten dem Rechtsträger unmittelbar schuldhaft zugefügten Schaden haftet die Gesellschaft, ihr Organ oder Arbeitnehmer dem Rechtsträger nach den Bestimmungen des Organhaftpflichtgesetzes, BGBl. Nr. 181/1967, mit der Maßgabe, dass auf das Verfahren gegen die Gesellschaft das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz nicht anwendbar ist; Abs. 2 zweiter Satz gilt entsprechend.

(5) Hat die Gesellschaft Schadenersatzleistungen gemäß Abs. 4 an den Rechtsträger erbracht, ist sie berechtigt, nach Maßgabe des Organhaftpflichtgesetzes, BGBl. Nr. 181/1967, Rückersatz von ihren Organen oder Arbeitnehmern zu fordern. Der Rückersatzanspruch verjährt in sechs Monaten nach Ablauf des Tages, an dem die Gesellschaft den Ersatzanspruch dem Rechtsträger gegenüber anerkannt hat oder rechtskräftig zum Ersatz verurteilt worden ist. Auf Klagen der Gesellschaft gegen ihre Organe oder Arbeitnehmer auf Rückersatz ist das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz anzuwenden.

**Vollziehung**

§ 12. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist

1. hinsichtlich der §§ 1, 2 und 4 die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und **Kultur** im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen,
2. hinsichtlich des § 10 der Bundesminister für Finanzen,
3. hinsichtlich der übrigen Bestimmungen die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und **Kultur** betraut.

§ 14. Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.

**Anlage A****Vorgeschlagene Fassung**

Arbeitnehmern Rückersatz zu fordern. Auf dieses Verfahren ist das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 104/1985, anzuwenden.

(4) Für von der Gesellschaft, ihren Organen oder **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmern bei Erfüllung ihrer Aufgaben in Vollziehung der Gesetze durch rechtswidriges Verhalten dem Rechtsträger unmittelbar schuldhaft zugefügten Schaden haftet die Gesellschaft, ihr Organ oder **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmer dem Rechtsträger nach den Bestimmungen des Organhaftpflichtgesetzes, BGBl. Nr. 181/1967, mit der Maßgabe, dass auf das Verfahren gegen die Gesellschaft das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz nicht anwendbar ist; Abs. 2 zweiter Satz gilt entsprechend.

(5) Hat die Gesellschaft Schadenersatzleistungen gemäß Abs. 4 an den Rechtsträger erbracht, ist sie berechtigt, nach Maßgabe des Organhaftpflichtgesetzes, BGBl. Nr. 181/1967, Rückersatz von ihren Organen oder **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmern zu fordern. Der Rückersatzanspruch verjährt in sechs Monaten nach Ablauf des Tages, an dem die Gesellschaft den Ersatzanspruch dem Rechtsträger gegenüber anerkannt hat oder rechtskräftig zum Ersatz verurteilt worden ist. Auf Klagen der Gesellschaft gegen ihre Organe oder **Arbeitnehmerinnen und** Arbeitnehmer auf Rückersatz ist das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz anzuwenden.

**Vollziehung**

§ 12. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist

1. hinsichtlich der §§ 1, 2 und 4 die Bundesministerin **oder der Bundesminister** für Bildung, Wissenschaft und **Forschung** im Einvernehmen mit **der Bundesministerin oder** dem Bundesminister für Finanzen,
2. hinsichtlich des § 10 **die Bundesministerin oder** der Bundesminister für Finanzen,
3. hinsichtlich der übrigen Bestimmungen die Bundesministerin **oder der Bundesminister** für Bildung, Wissenschaft und **Forschung** betraut.

§ 14. **(1)** Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.

**(2) §§ 1, 2, 2a, 3, 4, 5, 5a, 6, 7, 8, 8a, 9, 12 und Anlage A in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2020 treten mit 1. Jänner 2021 in Kraft.**

**Anlage A**

**Geltende Fassung****Durch Jahrespauschale abgegoltene Leistungen****Betrieb der Verbundzentrale und Verbunddatenbanken gemäß § 3 Abs. 2 lit. a:**

Für alle österreichischen wissenschaftlichen Bibliotheken.

**Bereitstellung aller zentralen Verbunddienstleistungen gemäß § 3 Abs. 2 lit. b:**

Für folgende Institutionen:

- Österreichische Nationalbibliothek
- **Universitätsbibliothek** Wien
- **Universitätsbibliothek** Graz
- **Universitätsbibliothek** Innsbruck
- **Universitätsbibliothek** Salzburg
- **Universitätsbibliothek der Technischen** Universität Wien
- **Universitätsbibliothek der Technischen** Universität Graz
- **Universitätsbibliothek der** Montanuniversität Leoben
- **Universitätsbibliothek der** Universität für Bodenkultur Wien
- **Universitätsbibliothek der Veterinärmedizinischen** Universität Wien
- **Universitätsbibliothek der** Wirtschaftsuniversität Wien
- **Universitätsbibliothek** Linz
- **Universitätsbibliothek** Klagenfurt
- **Österreichische Zentralbibliothek für Physik**
- **Österreichische Zentralbibliothek für Medizin**
- **Universitätsbibliothek der** Akademie der bildenden Künste Wien
- **Universitätsbibliothek der** Universität für angewandte Kunst Wien
- **Universitätsbibliothek der** Universität für Musik und darstellende Kunst Wien
- **Universitätsbibliothek der** Universität für Musik und darstellende Kunst Graz
- **Universitätsbibliothek der** Universität Mozarteum Salzburg
- **Universitätsbibliothek der** Universität für künstlerische und industrielle

**Vorgeschlagene Fassung****Durch Jahrespauschale abgegoltene Leistungen****Betrieb der Verbundzentrale und Verbunddatenbanken gemäß § 3 Abs. 2 lit. a:**

Für alle österreichischen wissenschaftlichen Bibliotheken.

**Bereitstellung aller zentralen Verbunddienstleistungen gemäß § 3 Abs. 2 lit. b:**

Für folgende Institutionen:

- Österreichische Nationalbibliothek
- **Universität** Wien
- **Universität** Graz
- **Universität** Innsbruck
- **Universität** Salzburg
- **Technische** Universität Wien
- **Technische** Universität Graz
- Montanuniversität Leoben
- Universität für Bodenkultur Wien
- **Veterinärmedizinische** Universität Wien
- Wirtschaftsuniversität Wien
- **Medizinische Universität Wien**
- **Medizinische Universität Graz**
- **Medizinische Universität Innsbruck**
- **Universität** Linz
- **Universität** Klagenfurt
- Akademie der bildenden Künste Wien
- Universität für angewandte Kunst Wien
- Universität für Musik und darstellende Kunst Wien
- Universität für Musik und darstellende Kunst Graz
- Universität Mozarteum Salzburg
- Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz
- Österreichische Akademie der Wissenschaften

**Geltende Fassung**

Gestaltung Linz

- *Amtsbibliothek des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur*
- *Dokumentation „EUDISED-Bildungsforschung in Österreich“*
- *Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in Kärnten*
- *Bundesstaatliche Pädagogische Bibliothek beim Landesschulrat für Niederösterreich*
- *Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in Oberösterreich*
- *Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in Salzburg*
- *Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in der Steiermark*
- *Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in Tirol*
- *Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in Vorarlberg*
- *Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in Wien*
- *Studienbibliothek der Berufspädagogischen Akademie des Bundes in Wien*
- *Fachbibliothek für Erwachsenenbildung (FEB)*
- *Dokumentationssystem Erwachsenenbildung*
- *Dokumentation Fachinformationssystem-Bildung*
- *Bibliothek des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang*
- *Amtsbibliothek des Landesschulrates für Kärnten*
- *Österreichisches Archäologisches Institut*
- *Österreichische Akademie der Wissenschaften*

**Betrieb lokaler Bibliothekssysteme gemäß § 3 Abs. 2 lit. c:**

Für folgende Institutionen:

- *Bibliothekenverbund für Bildung und Kultur mit den Teilnehmern:*
- 1. *Amtsbibliothek des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur*

**Vorgeschlagene Fassung**

- *Bundesinstitut für Erwachsenenbildung – St. Wolfgang*
- *Bildungsdirektion für Niederösterreich*
- *Bildungsdirektion für Kärnten*
- *Pädagogische Hochschule Niederösterreich*
- *Pädagogische Hochschule Kärnten*
- *Pädagogische Hochschule Oberösterreich*
- *Pädagogische Hochschule Salzburg*
- *Pädagogische Hochschule Steiermark*
- *Pädagogische Hochschule Tirol*
- *Pädagogische Hochschule Vorarlberg*
- *Pädagogische Hochschule Wien*

**Betrieb des „Verbundes für Bildung und Kultur (VBK)“ gemäß § 3 Abs. 3:**

Für folgende Institutionen:

- *Bundesinstitut für Erwachsenenbildung – St. Wolfgang*
- *Bildungsdirektion für Niederösterreich*
- *Bildungsdirektion für Kärnten*
- *Pädagogische Hochschule Niederösterreich*
- *Pädagogische Hochschule Kärnten*
- *Pädagogische Hochschule Oberösterreich*
- *Pädagogische Hochschule Salzburg*
- *Pädagogische Hochschule Steiermark*
- *Pädagogische Hochschule Tirol*
- *Pädagogische Hochschule Vorarlberg*
- *Pädagogische Hochschule Wien*

**Geltende Fassung**

2. Dokumentation „EUDISED-Bildungsforschung in Österreich“
3. Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in Kärnten
4. Bundesstaatliche Pädagogische Bibliothek beim Landesschulrat für Niederösterreich
5. Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in Oberösterreich
6. Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in Salzburg
7. Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in der Steiermark
8. Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in Tirol
9. Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in Vorarlberg
10. Studienbibliothek der Pädagogischen Akademie des Bundes in Wien
11. Studienbibliothek der Berufspädagogischen Akademie des Bundes in Wien
12. Fachbibliothek für Erwachsenenbildung (FEB)
13. Dokumentationssystem Erwachsenenbildung
14. Dokumentation Fachinformationssystem-Bildung
15. Bibliothek des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang
16. Amtsbibliothek des Landesschulrates für Kärnten

**Vorgeschlagene Fassung****Artikel 4****Änderung des Land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulgesetzes****§ 4. Unentgeltlichkeit des Unterrichtes**

- (1) und (2) ...
- (3) **Der** Bundesminister für **Nachhaltigkeit** und **Tourismus** hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen durch Verordnung die Höhe
- a) und b) ...

**§ 4. Unentgeltlichkeit des Unterrichtes**

- (1) und (2) ...
- (3) **Die Bundesministerin oder der** Bundesminister für **Landwirtschaft, Regionen** und **Tourismus** hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen durch Verordnung die Höhe
- a) und b) ...

**Geltende Fassung**

(4) **Der Bundesminister für Nachhaltigkeit und Tourismus** kann den Schülerheimbeitrag bei Bedürftigkeit im Einzelfalle ermäßigen oder nachlassen.

**Schulversuche**

§ 6. (1) bis (4) ...

(5) Soweit die Durchführung von Schulversuchen an öffentlichen Schulen Angelegenheiten der Schulerhaltung sowie Dienstrechtsangelegenheiten der Lehrerinnen und Lehrer betrifft, ist vor der Durchführung der Schulversuche das Einvernehmen mit der Bundesministerin oder dem Bundesminister für **Nachhaltigkeit und Tourismus** herzustellen.

(6) bis (8) ...

**Führung von alternativen Pflichtgegenständen, Freigegegenständen, unverbindlichen Übungen und eines Förderunterrichtes sowie Bildung von Schülergruppen**

§ 8a. (1) Der Schulleiter oder die Schulleiterin hat für die öffentlichen höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse der Pädagogik und der Sicherheit, auf den Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler, auf die räumlichen Möglichkeiten, auf die mögliche Belastung der Lehrpersonen sowie auf die gemäß Abs. 3 der Schule zugeteilten Personalressourcen festzulegen,

1. und 2 ...

3. bei welcher Mindestzahl von Schülerinnen und Schülern ein Förderunterricht abzuhalten ist,

4. unter welchen Voraussetzungen Klassen und Schülergruppen zu bilden sind **und**

**5. bei welcher Mindestzahl von Schülerinnen und Schülern mit mangelnder Kenntnis der Unterrichtssprache Sprachstartgruppen und Sprachförderkurse zu führen sind.**

Es können Schülerinnen und Schüler mehrerer Klassen einer oder mehrerer Schulen zur Erreichung der Mindestzahl zusammengefasst werden.

(2) Die Festlegungen gemäß Abs. 1 sind dem Schulgemeinschaftsausschuss spätestens sechs Wochen vor dem Ende des Unterrichtsjahres, das dem betreffenden Schuljahr vorangeht, zur Kenntnis zu bringen. Wenn der

**Vorgeschlagene Fassung**

(4) **Die Bundesministerin oder der Bundesminister für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus** kann den Schülerheimbeitrag bei Bedürftigkeit im Einzelfalle ermäßigen oder nachlassen.

**Schulversuche**

§ 6. (1) bis (4) ...

(5) Soweit die Durchführung von Schulversuchen an öffentlichen Schulen Angelegenheiten der Schulerhaltung sowie Dienstrechtsangelegenheiten der Lehrerinnen und Lehrer betrifft, ist vor der Durchführung der Schulversuche das Einvernehmen mit der Bundesministerin oder dem Bundesminister für **Landwirtschaft, Regionen und Tourismus** herzustellen.

(6) bis (8) ...

**Führung von alternativen Pflichtgegenständen, Freigegegenständen, unverbindlichen Übungen und eines Förderunterrichtes sowie Bildung von Schülergruppen**

§ 8a. (1) Der Schulleiter oder die Schulleiterin hat für die öffentlichen höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse der Pädagogik und der Sicherheit, auf den Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler, auf die räumlichen Möglichkeiten, auf die mögliche Belastung der Lehrpersonen sowie auf die gemäß Abs. 3 der Schule zugeteilten Personalressourcen festzulegen,

1. und 2 ...

3. bei welcher Mindestzahl von Schülerinnen und Schülern ein Förderunterricht abzuhalten ist **und**

4. unter welchen Voraussetzungen Klassen und Schülergruppen zu bilden sind.

Es können Schülerinnen und Schüler mehrerer Klassen einer oder mehrerer Schulen zur Erreichung der Mindestzahl zusammengefasst werden.

(2) Die Festlegungen gemäß Abs. 1 sind dem Schulgemeinschaftsausschuss spätestens sechs Wochen vor dem Ende des Unterrichtsjahres, das dem betreffenden Schuljahr vorangeht, zur Kenntnis zu bringen. Wenn der

**Geltende Fassung**

Schulgemeinschaftsausschuss mit der Festlegung des Schulleiters oder der Schulleiterin nicht einverstanden ist, so hat dieser oder diese das Einvernehmen mit dem Schulgemeinschaftsausschuss anzustreben. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so kann der Schulgemeinschaftsausschuss mit einer Anwesenheit und einer Mehrheit von zumindest zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder die Entscheidung des Schulleiters oder der Schulleiterin bis spätestens vier Wochen vor dem Ende des dem betreffenden Schuljahr vorangehenden Unterrichtsjahres der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Prüfung und Entscheidung vorlegen. Dieser Vorlage kommt keine aufschiebende Wirkung zu. Die Bundesministerin oder der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat im Einvernehmen mit der Bundesministerin oder dem Bundesminister für **Nachhaltigkeit und Tourismus** sowie weiters im Einvernehmen mit dem zuständigen Zentralausschuss bis zum Ende des genannten Unterrichtsjahres zu entscheiden. Die Entscheidung ist ohne Aufschub dem Schulleiter oder der Schulleiterin bekannt zu geben sowie dem Schulgemeinschaftsausschuss zur Kenntnis zu bringen.

(3) und (4) ...

**Sprachstartgruppen und Sprachförderkurse**

**§ 8c. (1) Schülerinnen und Schülern von höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten, die gemäß § 4 Abs. 2 lit. a oder Abs. 5 des Schulunterrichtsgesetzes wegen mangelnder Kenntnis der Unterrichtssprache als außerordentliche Schülerinnen oder Schüler aufgenommen wurden, sind in den Schuljahren 2016/17, 2017/18 und 2018/19 in Sprachstartgruppen und Sprachförderkursen jene Sprachkenntnisse zu vermitteln, die sie befähigen, dem Unterricht der betreffenden Schulstufe zu folgen.**

**(2) In den Sprachstartgruppen ist im Ausmaß von elf Wochenstunden an Stelle von vorgesehenen Pflichtgegenständen nach dem im betreffenden Lehrplan verordneten Pflichtgegenstand Deutsch zu unterrichten. Sprachstartgruppen können in geblockter Form sowie klassen-, schulstufen-, schul- oder schulartübergreifend geführt werden. Sprachstartgruppen können vorzeitig beendet und die Schülerinnen und Schüler darauf aufbauend in Sprachförderkurse übergeführt werden.**

**(3) In den Sprachförderkursen, die an Stelle von oder aufbauend auf Sprachstartgruppen geführt werden können, ist im Ausmaß von elf**

**Vorgeschlagene Fassung**

Schulgemeinschaftsausschuss mit der Festlegung des Schulleiters oder der Schulleiterin nicht einverstanden ist, so hat dieser oder diese das Einvernehmen mit dem Schulgemeinschaftsausschuss anzustreben. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so kann der Schulgemeinschaftsausschuss mit einer Anwesenheit und einer Mehrheit von zumindest zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder die Entscheidung des Schulleiters oder der Schulleiterin bis spätestens vier Wochen vor dem Ende des dem betreffenden Schuljahr vorangehenden Unterrichtsjahres der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Prüfung und Entscheidung vorlegen. Dieser Vorlage kommt keine aufschiebende Wirkung zu. Die Bundesministerin oder der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat im Einvernehmen mit der Bundesministerin oder dem Bundesminister für **Landwirtschaft, Regionen und Tourismus** sowie weiters im Einvernehmen mit dem zuständigen Zentralausschuss bis zum Ende des genannten Unterrichtsjahres zu entscheiden. Die Entscheidung ist ohne Aufschub dem Schulleiter oder der Schulleiterin bekannt zu geben sowie dem Schulgemeinschaftsausschuss zur Kenntnis zu bringen.

(3) und (4) ...



**Geltende Fassung**

*Wochenstunden integrativ im Unterricht von Pflichtgegenständen nach dem im betreffenden Lehrplan verordneten Pflichtgegenstand Deutsch zu unterrichten.*

*(4) Sprachstartgruppen und Sprachförderkurse sind jedenfalls ab einer Schülerzahl von acht Schülern einzurichten; sie dauern ein oder höchstens zwei Unterrichtsjahre und können nach Erreichen der erforderlichen Sprachkompetenz durch die Schülerin oder den Schüler auch nach kürzerer Dauer beendet werden. Bei der Durchführung von Sprachstartgruppen und Sprachförderkursen sind im Sinne der Qualitätssicherung und -entwicklung verpflichtend Diagnose- und Förderinstrumente einzusetzen. Eine umfassende Evaluierung insbesondere der Wirkungen der Sprachförderungsmaßnahmen sowie der Effizienz des damit zusammenhängenden Ressourceneinsatzes hat bis 31. Jänner 2019 zu erfolgen.*

**Organisationsformen**

§ 11. (1) Die höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten sind berufsbildende höhere Lehranstalten. Sie gliedern sich in

1. bis 8a. ...

9. Sonderformen der unter Z 1 bis **8a** genannten Arten.

Neben den in Z 1 bis 9 genannten Arten können entsprechend dem Bedarf der Land- und Forstwirtschaft auch fachbereichsübergreifende und zusätzliche Fachrichtungen geführt werden.

(2) ...

**Vorgeschlagene Fassung****Organisationsformen**

§ 11. (1) Die höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten sind berufsbildende höhere Lehranstalten. Sie gliedern sich in

1. bis 8a. ...

**8b. Höhere Lehranstalt für Landwirtschaft und Digitalisierung.**

9. Sonderformen der unter Z 1 bis **8b** genannten Arten.

Neben den in Z 1 bis 9 genannten Arten können entsprechend dem Bedarf der Land- und Forstwirtschaft auch fachbereichsübergreifende und zusätzliche Fachrichtungen geführt werden.

(2) ...



**Geltende Fassung****§ 18. Sonderformen**

(1) Als Sonderformen der höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten können für Schüler, die nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht eine mindestens **zweijährige** praktische Verwendung in der Land- und Forstwirtschaft mit Berufsschulbesuch zurückgelegt haben oder **die** mindestens zwei Stufen einer **mehnjährigen** land- oder forstwirtschaftlichen Fachschule erfolgreich besucht haben, Aufbaulehrgänge geführt werden. Diese Aufbaulehrgänge haben die Aufgabe, in einem **vierjährigen** Bildungsgang zum Bildungsziel der höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten einer bestimmten Fachrichtung zu führen. **Für Absolventen von mindestens dreijährigen land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen können dreijährige Aufbaulehrgänge eingerichtet werden.**

(2) ...

**Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten in Verbindung mit höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten**

**§ 19.** (1) Zur Gewährleistung von lehrplanmäßig vorgesehenen Übungen und praktischem Unterricht werden organisatorisch verbunden

1. und 2 ...

3. die Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft, Landtechnik **und Lebensmitteltechnologie** Francisco Josephinum in Wieselburg (§ 2 Abs. 1 Z 5 und § 20 des Bundesgesetzes über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. I Nr. 83/2004) mit der dort befindlichen höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt (Fachrichtungen Landwirtschaft, Landtechnik sowie Lebensmittel- und Biotechnologie),

4. die Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau **Schönbrunn in Wien** (§ 2 Abs. 1 Z 6 und § 21 des Bundesgesetzes über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. I Nr. 83/2004) mit der dort befindlichen höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt (Fachrichtung Gartenbau sowie Garten- und Landschaftsgestaltung) und

5. ...

(2) ...

**Vorgeschlagene Fassung****§ 18. Sonderformen**

(1) Als Sonderformen der höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten können für **Schülerinnen und** Schüler, die nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht eine mindestens **dreijährige** praktische Verwendung in der Land- und Forstwirtschaft mit Berufsschulbesuch zurückgelegt haben oder **eine mindestens einjährige praktische Verwendung in der Land- und Forstwirtschaft aufweisen und** mindestens zwei Stufen einer land- oder **forstwirtschaftlichen Fachschule erfolgreich besucht haben oder mindestens drei Stufen einer land- und** forstwirtschaftlichen Fachschule erfolgreich besucht haben, Aufbaulehrgänge geführt werden. Diese Aufbaulehrgänge haben die Aufgabe, in einem **dreijährigen** Bildungsgang zum Bildungsziel der höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten einer bestimmten Fachrichtung zu führen.

(2) ...

**Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten in Verbindung mit höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten**

**§ 19.** (1) Zur Gewährleistung von lehrplanmäßig vorgesehenen Übungen und praktischem Unterricht werden organisatorisch verbunden

1. und 2 ...

3. die Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Landwirtschaft, Landtechnik **sowie Lebensmittel- und Biotechnologie** Francisco Josephinum in Wieselburg (§ 2 Abs. 1 Z 5 und § 20 des Bundesgesetzes über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. I Nr. 83/2004) mit der dort befindlichen höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt (Fachrichtungen Landwirtschaft, Landtechnik sowie Lebensmittel- und Biotechnologie),

4. die Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau **und Österreichische Bundesgärten** (§ 2 Abs. 1 Z 6 und § 21 des Bundesgesetzes über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. I Nr. 83/2004) mit der dort befindlichen höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt (Fachrichtung Gartenbau sowie Garten- und Landschaftsgestaltung) und

5. ...

(2) ...

### Geltende Fassung

#### Teilrechtsfähigkeit

§ 31c. (1) bis (3) ...

(4) Der Bundesminister oder die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister oder der Bundesministerin für **Nachhaltigkeit und Tourismus** im Verordnungsblatt für den Dienstbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung

1. bis 3. ...

kundzumachen, ...

(5) bis (11) ...

#### Behörden

§ 32. (1) Sachlich zuständige Schulbehörde für die Schulen und Schülerheime gemäß § 1 ist, sofern Abs. 2 nicht anderes bestimmt, *der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung*.

(2) Sachlich zuständige Schulbehörde für die Angelegenheiten der Schulerrichtung, -erhaltung und -auflassung sowie sachlich zuständige Behörde für das Lehrerdienstrecht ist der Bundesminister für **Nachhaltigkeit** und Tourismus.

#### Inkrafttreten

§ 35. (1) bis (12) ...

### Vorgeschlagene Fassung

#### Teilrechtsfähigkeit

§ 31c. (1) bis (3) ...

(4) Der Bundesminister oder die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister oder der Bundesministerin für **Landwirtschaft, Regionen und Tourismus** im Verordnungsblatt für den Dienstbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung

1. bis 3. ...

kundzumachen, ...

(5) bis (11) ...

#### Behörden

§ 32. (1) Sachlich zuständige Schulbehörde für die Schulen und Schülerheime gemäß § 1 ist, sofern Abs. 2 nicht anderes bestimmt, **die Bundesministerin oder der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung**.

(2) Sachlich zuständige Schulbehörde für die Angelegenheiten der Schulerrichtung, -erhaltung und -auflassung sowie sachlich zuständige Behörde für das Lehrerdienstrecht ist **die Bundesministerin oder der Bundesminister für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus**.

#### Inkrafttreten

§ 35. (1) bis (12) ...

**(13) Die nachstehend genannten Bestimmungen in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2020 treten wie folgt in bzw. außer Kraft:**

**1. § 8a Abs. 1 Z 3, 4 und 5 sowie § 8c samt Überschrift treten mit 1. September 2020 in bzw. außer Kraft.**

**2. § 11 Abs. 1 Z 8b sowie Z 9 tritt mit 1. September 2020 in Kraft.**

**3. § 18 Abs. 1 tritt mit 1. September 2020 in Kraft.**

**4. § 4 Abs. 3 und 4, § 6 Abs. 5, § 8a Abs. 2, § 19 Abs. 1 Z 3 und 4, § 31c Abs. 4, § 32 Abs. 1 und 2, § 36 sowie § 41 treten mit Ablauf des Tages der Kundmachung im Bundesgesetzblatt in Kraft.**

**Geltende Fassung****Vollziehung**

§ 36. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist betraut:

1. hinsichtlich § 4 Abs. 1, 2 und 4, § 5 Abs. 3 vorletzter Satz, § 7 Z 8 und 9, § 8, § 11 Abs. 2 letzter Satz, § 14, § 16 Abs. 2, § 31b und § 32 Abs. 2 der Bundesminister für **Nachhaltigkeit** und Tourismus;

**1a.** hinsichtlich § 31a und § 31c Abs. 5, 8 und 11 **der** gemäß § 32 jeweils sachlich zuständige Bundesminister;

**2.** hinsichtlich § 6 Abs. 5, § 8a, § 8b Abs. 2 und 3, **§ 8c**, § 15 und § 31c Abs. 4 der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für **Nachhaltigkeit** und Tourismus;

4. hinsichtlich § 4 Abs. 3, § 19 Abs. 1 und 2 sowie § 20 der Bundesminister für **Nachhaltigkeit** und Tourismus im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen;

5. hinsichtlich § 19 **Abs. 3** der Bundesminister für **Nachhaltigkeit** und Tourismus im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung und dem Bundesminister für Finanzen;

**5a.** hinsichtlich § 6 Abs. 4 die Bundesregierung;

**6.** hinsichtlich der übrigen Bestimmungen der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

**Vorgeschlagene Fassung****Vollziehung**

§ 36. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist betraut:

1. hinsichtlich § 4 Abs. 1, 2 und 4, § 5 Abs. 3 vorletzter Satz, § 7 Z 8 und 9, § 8, § 11 Abs. 2 letzter Satz, § 14, § 16 Abs. 2, § 31b und § 32 Abs. 2 **die Bundesministerin oder** der Bundesminister für **Landwirtschaft, Regionen** und Tourismus;

**2.** hinsichtlich § 31a und § 31c Abs. 5, 8 und 11 **die** gemäß § 32 jeweils sachlich zuständige **Bundesministerin oder der jeweils sachlich zuständige** Bundesminister;

**3.** hinsichtlich § 6 Abs. 5, § 8a, § 8b Abs. 2 und 3, § 15 und § 31c Abs. 4 **die Bundesministerin oder** der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Einvernehmen mit **der Bundesministerin oder** dem Bundesminister für **Landwirtschaft, Regionen** und Tourismus;

4. hinsichtlich § 4 Abs. 3, § 19 Abs. 1 und 2 sowie § 20 **die Bundesministerin oder** der Bundesminister für **Landwirtschaft, Regionen** und Tourismus im Einvernehmen mit **der Bundesministerin oder** dem Bundesminister für Finanzen;

5. hinsichtlich § 19 **Abs. 2 die Bundesministerin oder** der Bundesminister für **Landwirtschaft, Regionen** und Tourismus im Einvernehmen mit **der Bundesministerin oder** dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung und **der Bundesministerin oder** dem Bundesminister für Finanzen;

**6.** hinsichtlich § 6 Abs. 4 die Bundesregierung;

**7.** hinsichtlich der übrigen Bestimmungen **die Bundesministerin oder** der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

**Geltende Fassung****Übergangsbestimmung betreffend die Einführung der Mittelschule**

§ 41. Für Aufnahmsbewerberinnen und Aufnahmsbewerber an land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten, die die Hauptschule bis Ablauf des Schuljahres 2018/19 oder die Neue Mittelschule bis Ablauf des Schuljahres **2020/21** oder die Pflichtschulabschluss-Prüfung nach dem Pflichtschulabschluss-Prüfungs-Gesetz, BGBl. I Nr. 72/2012, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 138/2017 oder einer früheren Fassung, bis Ablauf des Schuljahres 2022/23 abgeschlossen haben, gilt der § 12 in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. 101/2018.

**Vorgeschlagene Fassung****Übergangsbestimmung betreffend die Einführung der Mittelschule**

§ 41. Für Aufnahmsbewerberinnen und Aufnahmsbewerber an land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten, die die Hauptschule bis Ablauf des Schuljahres 2018/19 oder die Neue Mittelschule bis Ablauf des Schuljahres **2019/20** oder die Pflichtschulabschluss-Prüfung nach dem Pflichtschulabschluss-Prüfungs-Gesetz, BGBl. I Nr. 72/2012, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 138/2017 oder einer früheren Fassung, bis Ablauf des Schuljahres 2022/23 abgeschlossen haben, gilt der § 12 in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. 101/2018.

**Artikel 5****Änderung des Prüfungstaxengesetzes**

§ 6. (1) bis (16) ...

§ 6. (1) bis (16) ...

**(17) Anlage I Abschnitt III Z 5a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2020 tritt mit 1. September 2019 in Kraft.**

**Anlage I**

- III. Berufsbildende mittlere und höhere Schulen einschließlich der höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten (sowie die entsprechenden Schulen für Berufstätige):
1. bis 5. ...
  6. bis 10. ...

**Anlage I**

- III. Berufsbildende mittlere und höhere Schulen einschließlich der höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten **und der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen** (sowie die entsprechenden Schulen für Berufstätige):
1. bis 5. ...
  - 5a. Abschlussprüfungen für land- und forstwirtschaftliche Fachschulen**
- |  |            |
|--|------------|
| <i>Vorsitzende/r (je Teilprüfung)</i>  | <b>0,6</b> |
| <i>Schulleiter/in oder ein/e von der Schulleitung zu bestellende/r Abteilungsvorständin oder Abteilungsvorstand oder Lehrperson (je Teilprüfung)</i>       | <b>0,5</b> |
| <i>Schriftführerin oder Schriftführer (Klassenvorständin oder Klassenvorstand oder eine von der Schulleitung zu bestellende Lehrperson je Teilprüfung)</i> | <b>0,6</b> |
| <i>Prüfer/in:</i>  |            |

**Geltende Fassung****Vorgeschlagene Fassung**

<i>für den schriftlichen oder praktischen Teil</i>	6,3
<i>für den mündlichen Teil</i>	3,5
<i>für den mündlichen Teil bei Bestellung einer zweiten Prüferin oder eines zweiten Prüfers anstelle einer Beisitzerin oder eines Beisitzers (je Prüfer/in)</i>	2,7
<i>für die mündliche Kompensationsprüfung</i>	3,5
<i>Beisitzer/in (je Teilprüfung)</i>	1,8
<i>Korrektur der abschließenden Arbeit einschließlich Präsentation und Diskussion</i>	9,7

6. bis 10. ...